BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Blessenstätte 23a · 33330 Gütersloh

An
den Vorsitzenden
des Hauptausschusses
der Stadt Gütersloh / seine Vertretung
Herrn Daniel Helmig

Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN
im Rat der Stadt Gütersloh
Maik Steiner, Sprecher
Gitte Trostmann, Sprecherin
Blessenstätte 23a
33330 Gütersloh

Telefon: 05241/14051
fraktion@gruene-guetersloh.de
www.gruene-guetersloh.de

Gütersloh, 06.03.2026

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für den Hauptausschuss am 09.03.2026 zum TOP 13

Sehr geehrter Herr Helmig,

die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt für die Sitzung des Hauptausschusses am 09.03.2026 den folgenden **Ergänzungsantrag zum TOP 13.**

Beschlussvorschlag:

Der Hauptausschuss beschließt, den SPD-Antrag „Maßnahmenpaket Öffentliche Sicherheit“ um folgende Punkte zu ergänzen, um das weitere Vorgehen entsprechend zu konkretisieren:

1. Ortsbezogene Problemanalyse als Grundlage vor Maßnahmenumsetzung
Die Verwaltung wird gebeten, sowohl für den Konrad-Adenauer-Platz als auch den Bahnhofsvorplatz jeweils eine separate, strukturierte, datenbasierte Problemanalyse vorzulegen. Diese soll insbesondere folgende Punkte erfassen:

a) Quantitative Auswertung der letzten drei Jahre:
- Polizeiliche Delikte nach Art, Uhrzeit und Häufigkeit
- Ordnungswidrigkeiten und Platzverweise
- Einsatzzeiten von Polizei und Ordnungsdienst
- Reinigungskosten und dokumentierte Beschwerden
- Frequenzdaten nach Tageszeiten

b) Qualitative Erhebung:
- Strukturierte Platzbeobachtung über einen Zeitraum von mindestens zwei Wochen an unterschiedlichen Wochentagen und Tageszeiten
- Gespräche mit Nutzergruppen (Pendlerinnen und Pendler, Gewerbetreibende, Anwohnende, Jugendliche)

Wir bitten darum, die Ergebnisse jeweils in einer standortspezifischen Konflikt- und Nutzungskarte darzustellen.

2. Zoniertes Maßnahmenkonzept

Die Analyse der beiden Standorte soll die Basis für die Erarbeitung eines differenzierten Maßnahmenkonzepts sein. Dazu bitten wir darum, die beiden Flächen in funktionale Bereiche zu gliedern (z. B. Transitbereiche, Aufenthaltsbereiche, Rand- und Übergangszonen) und für jede Zone konkrete Maßnahmen zu definieren, mit dem Ziel, die Aufenthaltsqualität zu verbessern, Nutzungskonflikte zu reduzieren und die Flächen insgesamt klarer zu strukturieren. Bei der Entwicklung von geeigneten Maßnahmen zur Erreichung der Ziele möge bitte unterschieden werden zwischen:

a) Baulichen Maßnahmen
(z. B. Beleuchtungskonzept mit warmweißer, blendfreier Beleuchtung; Sichtachsen; Möblierung; Begrünung; Wegeführung)

b) Sozialen Maßnahmen
(z. B. Einsatz von Streetworker*innen, sozialpädagogisch qualifizierte City-Scouts, Kooperation mit Beratungsstellen, konfliktpräventive Formate)

c) Ordnungsrechtlichen Maßnahmen
(zeitlich und lagebezogene Präsenz, verhältnismäßige Maßnahmen im Rahmen geltenden Rechts, keine pauschalen oder anlasslosen Kontrollen)

Dabei sollten präventive und sozialräumliche Maßnahmen Vorrang vor repressiven Instrumenten haben.

3. Monitoring und Evaluation

Für den Konrad-Adenauer-Platz und den Bahnhofsvorplatz wird jeweils ein standortspezifisches Monitoring eingeführt mit:
- halbjährlicher Berichterstattung im zuständigen Fachausschuss
- Erhebung objektiver Kennzahlen (Deliktentwicklung, Ordnungsmaßnahmen, Reinigungskosten, Frequenz)
- standardisierter Befragung zur subjektiven Sicherheitswahrnehmung

Nach ca. 12 Monaten ist für beide Standorte eine Evaluation vorzulegen mit Empfehlung zur Verstetigung, Anpassung oder Beendigung einzelner Maßnahmen.

4. Zeitplan

Um eine zeitnahe Weiterbearbeitung zu ermöglichen, bitten wir darum, die Problemanalyse innerhalb von drei Monaten vorzulegen. Die darauf aufbauenden Maßnahmenkonzepte sind dem Hauptausschuss bitte spätestens sechs Monate nach Beschlussfassung zur Entscheidung vorzulegen.

Begründung:

Wir begrüßen den Antrag der SPD-Fraktion ausdrücklich und möchten ihn mit unseren ergänzenden Vorschlägen weiter konkretisieren. Der Konrad-Adenauer-Platz und der Bahnhofsvorplatz sind zentrale Orte in unserer Stadt für Pendlerinnen und Pendler, Besucherinnen und Besucher, Jugendliche und viele weitere Menschen. Damit sich dort alle sicher und willkommen fühlen, braucht es gut durchdachte und nachvollziehbare Maßnahmen, die die unterschiedlichen Nutzungen berücksichtigen und ein respektvolles Miteinander ermöglichen. Ziel ist es, die Aufenthaltsqualität zu stärken, Konflikte zu reduzieren und die Plätze so zu gestalten und zu organisieren, dass sie ihrer Bedeutung als wichtige Ankommens- und Begegnungsorte gerecht werden. Eine Grundlage dafür ist eine sorgfältige Analyse der tatsächlichen Situation vor Ort. Wir wünschen uns eine klare Unterscheidung zwischen baulichen, sozialen und ordnungsrechtlichen Instrumenten sowie eine regelmäßige Überprüfung der Wirkung. Ziel ist es, die Aufenthaltsqualität mit einem präventiven, transparenten und verhältnismäßigen Vorgehen dauerhaft zu verbessern.

Mit freundlichen Grüßen,

Maik Steiner
Fraktionssprecher

Gitte Trostmann
Fraktionssprecherin